

Pflanzenbau: Was war 2018 – was kommt 2019?

03. Januar 2019

Das Jahr 2019 ist noch ganz jung – der richtige Zeitpunkt, auf das Jahr 2018 zurückzublicken und zu schauen, welche Herausforderungen und Chancen das Jahr 2019 für den Pflanzenbau bereithält.

Was war 2018? Für den landwirtschaftlichen Pflanzenbau in Deutschland war die extreme Dürre das alles bestimmende Thema im abgelaufenen Jahr. In vielen Landesteilen war die extreme Trockenheit Auslöser für die seit Jahrzehnten schlechteste Ernte. Im Juli 2018 wurden Ertragseinbußen von 20 bis 50 Prozent gemeldet, teilweise kam es sogar zu Totalausfällen.

Zum Jahreswechsel gab es zwar endlich ergiebige Niederschläge, jedoch werden viele Pflanzenbauer die Folgen der Dürre auch im Jahr 2019 noch deutlich spüren. Die Böden sind teilweise sehr tief ausgetrocknet. Die Missernte hat zudem ein großes Loch in vielen Betriebskassen hinterlassen, welches durch die staatlichen Dürrehilfen nur in Einzelfällen und auch dort nur teilweise gestopft werden wird. Der Grund: Die Hürden sind zu hoch und die erforderlichen Nachweise gehen tief ins betriebliche „Innere“. Nebeneinkünfte werden angerechnet, Nebenerwerbslandwirte dürften bei den Beihilfen außen vor bleiben.

Ackerbauliche Folgen der Dürre

Neben den betriebswirtschaftlichen Einbußen müssen 2019 auch die ackerbaulichen Folgen bewältigt werden, die sich beispielsweise bei der Düngeplanung zeigen: Gemäß der seit einem Jahr geltenden Düngeverordnung darf dem Boden zusätzlicher Stickstoff nur nach der Devise „Düngung nach Entzug“ zugeführt werden. Aufgrund der dürrebedingten niedrigen Stickstoffausfuhr in 2018 fällt die zulässige Stickstoffzufuhr für 2019 entsprechend gering aus und verhindert möglicherweise zusätzliches Wachstum. **Die Folge:** Die möglichen Erträge, die das schlechte Jahr 2018 etwas wieder ausgleichen könnten, werden nicht erreicht werden können. Die Dürre-Opfer leiden deshalb 2019 noch einmal.

Vor dem Hintergrund der extremen Trockenheit kam 2018 auch wieder das Thema Risikomanagement zur Sprache. Die seit Jahren diskutierte – und in anderen Ländern bereits übliche – steuerliche Risikoausgleichsrücklage wurde erneut diskutiert. Eine Lösung dazu gibt es bislang nicht.

Düngeverordnung in der Praxis

Was war noch in 2018? Die neue Düngeverordnung trat in Kraft. Das erste Jahr hat gezeigt, dass die neue Gesetzgebung neben den positiven Effekten im Bereich Umweltschutz für viele Landwirte einen hohen bürokratischen Mehraufwand verursacht und die regionalen Gegebenheiten und Erfordernisse oftmals außer Acht lässt. Das gilt insbesondere für die völlig unterschiedliche Situation in den Hochburgen der Tierhaltung im Nordwesten und in den reinen Ackerbaugebieten zwischen Südhannover und der Magdeburger Börde.

8.500 Betriebe haben bis Anfang Dezember 2018 einen Antrag auf Dürrehilfe gestellt

340 Millionen Euro werden als Dürrehilfe von Bund und Ländern bereitgestellt

Pflanzenschutz in der Kritik

Im Pflanzenschutz verzeichnet die Branche mittlerweile einen erheblichen Rückstau bei der Bearbeitung der Zulassungsanträge. Entgegen des Rechtsrahmens der EU werden Zulassungen für Mittel aus den anderen Mitgliedsländern nicht ohne weiteres in Deutschland übernommen. Die Bearbeitung zieht sich weit über den zulässigen Zeitrahmen hinaus und wird von den Pflanzenschutzmittelanbietern deshalb massiv kritisiert.

Dagegen soll das im Sommer 2018 erteilte Verbot dreier wesentlicher Neonicotinoide, die vor allem als vorbeugendes Beizmittel für Rübensaatgut eingesetzt wurden, zum Umweltschutz beitragen, insbesondere zum Schutz von Wild- und Honigbienen. Von Seiten der Zuckerrübenanbauer wird argumentiert, dass jetzt mehr Pflanzenschutzmaßnahmen während der Wachstumsperiode der Pflanzen nötig seien, was sowohl ökonomisch als auch ökologisch nachteilig wäre.

Das am heftigsten diskutierte Thema war Glyphosat – nicht nur im Zusammenhang mit der Monsanto-Übernahme durch Bayer. Zahlreiche NGO-Kampagnen stellen die Studien, die die Hersteller für die Zulassungsverlängerung vorgelegt hatten, in Frage. Noch gibt es keine klaren Entscheidungen, für das umstrittene Pflanzenschutzmittel gibt es erst einmal eine Galgenfrist.